Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Herausgeber und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 95 — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend. — Halver, Mittwoch, den 23. April 1924 — Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. — 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident Ebert weilt zum Kurgebrauch in Bad Mergentheim.

* Macdonald und Poincaré haben beschlossen, von weiteren Schritten in der Frage der Gutachten bis zur endgültigen Stellungnahme der Reparationskommission abzusehen.

* Der längere Zeit abwesende, nach anderer Lesart verbannte Trotzki ist nach Moskau zurückgekehrt.

* Die Senatskommission in Washington für auswärtige Angelegenheiten hat einen Unterausschuß beauftragt, binnen kurzem über einen Beitritt der Vereinigten Staaten zum Internationalen Gerichtshof im Haag zu verhandeln.

* Der amerikanische Senat hat auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung von 1890 endgültig eine zweiprozentige Quote als Grundlage des neuen Einwanderungsbeschränkungsgesetzes angenommen.

* Der Präsident von Südchina, Sun Yat Sen, hat die nordchinesische Armee geschlagen.

Geeignete Grundlagen?

Von besonderer Seite wird uns über die verschiedenen Meinungsäußerungen zu den Sachverständigengutachten über die deutschen Reparationen geschrieben:

Vier Monate hindurch haben die Sachverständigenkommissionen gearbeitet und beraten, haben angenommen und verworfen, teils aus Überzeugung, teils aus politischem Druck — und was herausgekommen ist, findet natürlich auf keiner Seite restlose Zustimmung. Zwar haben die englische wie die deutsche Regierung erklärt, daß sie den Sachverständigenbericht als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen betrachten, aber deutscherseits wird der Hauptton auf „weitere Verhandlungen" gelegt. Vielleicht hätte dieser Ton gleich in der deutschen Antwort stärker zum Ausdruck gebracht werden müssen, weil wir uns sonst vielleicht wieder der Gefahr aussetzen, später etwas verwerfen zu müssen, was wir als Grundlage angenommen haben. Es hätte vielleicht von vornherein scharf betont werden müssen, daß bei diesen Verhandlungen in der Folgezeit eben nicht nur die wirtschaftliche Entscheidung der Sachverständigen, sondern darüber hinaus die politischen Konzessionen Frankreichs und Belgiens auf dem Rhein-Ruhr-Gebiet die Grundlage abzugeben haben.

Das ist allerdings von Dr. Schacht und Dr. Marx, von Stresemann und anderen verantwortlichen Persönlichkeiten überall hin verkündet worden, aber nicht der Reparationskommission gegenüber als selbstverständliche Bedingung festgelegt worden. Wenn auch soeben wieder das Kabinett zum Ausdruck bringt, daß die wirtschaftlichen und politischen Fragen unter keinen Umständen voneinander getrennt werden dürften, daß überhaupt die Lösung gerade der politischen Fragen die endgültige Stellungnahme Deutschlands stark beeinflussen werde, daß also der französische Standpunkt, von Deutschland alle wirtschaftlichen Zusagen zu verlangen, in allen politischen Forderungen Deutschland gegenüber aber freie Hand zu behalten, so hätte die Ablehnung derartiger Zumutungen von vornherein mit aller wünschenswerten Deutlichkeit erfolgen müssen. Hat doch Poincaré ganz glatt in seiner letzten Rede erklärt, daß Frankreich die militärische Besetzung des Ruhrgebiets aufrecht erhalten wolle. Er spart auch nicht mit anderen Drohungen.

Jedenfalls hat die Reparationskommission beschlossen, sich auf den Boden des Sachverständigengutachtens zu stellen, die deutsche Antwort zur Kenntnis zu nehmen und die Annahme des Berichtes den alliierten Regierungen zu empfehlen. Auf der anderen Seite hat man aber von Deutschland die Ernennung von Ausschußmitgliedern ebenso verlangt wie den Erlaß von Gesetzen und Verordnungen, die die vollständige Ausführung der Sachverständigenberichte sichern sollen. Das heißt natürlich nichts anderes, als daß wir die Bestimmungen des Berichtes ohne Sicherstellung der von uns verlangten politischen Lösung akzeptieren sollen. Und das geht natürlich noch viel weniger, zumal da sich die Stimmen gegen die Erfüllungsmöglichkeit der Sachverständigenvorschläge mehren.

An und für sich wäre die Beantwortung der Frage, ob wir den Zahlungsplan der Sachverständigen — nach Erfüllung der von diesen selbst angedeuteten Voraussetzungen — für erfüllungsmöglich halten oder nicht, eine Frage rein wirtschaftlich-finanzieller Erwägung. Diese Erwägung wird natürlich dadurch außerordentlich schwierig, weil die Erfüllungsmöglichkeiten von wirtschaftlichen Entwicklungen der Zukunft abhängen, über die man naturgemäß sehr verschiedener Ansicht sein kann. Jedenfalls ist aber die Erwägung ganz außerordentlich schwierig, jedenfalls viel zu schwierig, als daß man schon ein paar Stunden nach Eintreffen des Berichtes über seine Annahme und Ablehnung sich schlüssig werden konnte, besonders da uns zunächst nur sehr fragmentarische Auszüge bekannt wurden. Die Selbstverständlichkeit, mit der aber sofort die Annahme empfohlen wurde, ist der zweite Punkt, in der unsere politisch-diplomatische Situation von vornherein geschwächt wurde, so sehr, daß die Reparationskommission uns gegenüber mit einer geradezu erstaunlichen Hast verfährt, verfahren kann, ohne über die Behandlung der uns so wichtigen politischen Fragen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit auch nur ein Wort zu verlieren.

Wird aber die Erfüllungsmöglichkeit des Zahlungsplans in eingehender Untersuchung nicht außer jeden Zweifel gestellt, so stehen wir binnen kurzem wieder vor der Notwendigkeit, etwas nicht erfüllen zu können, was wir unterschrieben haben. Das alles sind völlig überparteiliche Erwägungen rein wirtschaftlicher Art, über die man innerhalb der Parteien wohl zu verschiedenen Urteilen kommen kann.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Aufruf des Papiermark-Notgeldes.

Der Reichsfinanzminister hat das auf Papiermark lautende Notgeld, dessen Ausstattung in Württemberg, im unbesetzten Gebiet des Landes Hessen sowie im Gebiet der freien Stadt Danzig und der freien Stadt Hamburg ihren Sitz haben, mit Wirkung vom 1. Mai 1924 aufgerufen. Die Einlösungsfrist läuft bis einschließlich 31. Mai 1924. Ausgenommen von diesem Aufruf bleiben das Notgeld der deutschen Reichsbahn und die Staatskassenscheine Württembergs.

Rachejustiz der Franzosen.

In dem Prozeß vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz gegen dreißig Deutsche, die der Sabotage und Spionage während des Ruhrkampfes angeklagt waren, wurden von den 22 anwesenden Angeklagten vier zu je zwanzig Jahren, zwei zu je zwölf Jahren, drei zu je zehn Jahren und drei zu je fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Ferner erhielten zwei Angeklagte je fünf Jahre Zuchthaus und sieben Gefängnisstrafen von ein bis vier Jahren. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Von den acht abwesenden Angeklagten wurden zwei zum Tode und die übrigen sechs zu je zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Einen Maiaufruf an die Arbeiter der Welt

erläßt der internationale Gewerkschaftsbund, unterzeichnet von den Vertretern Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und den Sekretären. In dem Aufruf wird verlangt, den 1. Mai diesmal in außerordentlicher Weise zu begehen und anzutreten gegen Krieg und Militarismus, für die Rechte der Arbeit, soziale Gerechtigkeit und den Weltfrieden.

Ein politischer Mord bei Hagenow.

Bei Hagenow in Mecklenburg wurde der Amtsvorsteher Jonas erschossen. Die Obduktion der Leiche zeigte vier Schußkanäle. Man vermutet, daß die Tat von kommunistischer Seite ausgeführt wurde. In Hagenow wurden zwei führende Kommunisten festgenommen. Über die Vorgeschichte der Tat schreibt der Vorwärts, daß Jonas, der noch im Herbst 1923 Leiter in der Kommunistischen Partei Deutschlands gewesen sei, als solcher die Putschanweisungen erhalten habe. J. habe aber der K. P. D. den Rücken gekehrt. Anscheinend sei der Mord aus Furcht begangen worden, Jonas könnte Verrat üben.

Italien.

× **Verbot der Maifeier.** Die Regierung ist entschlossen, keine Übertretung des Gesetzes, wonach der 1. Mai als Feiertag abgeschafft und der 21. April als nationaler Feiertag erklärt ist, zuzulassen. Strenge Maßnahmen sollen gegen die Arbeiter ergriffen werden, die am 1. Mai zu feiern beabsichtigen. Der Versuch eines Generalstreiks soll ebenfalls Gegenstand von Maßnahmen seitens der Regierung sein.

Aus In- und Ausland.

Gelsenkirchen. Der von dem französischen Kriegsgericht zu zehn Monaten Gefängnis verurteilte Oberbürgermeister v. Wedelstädt ist aus dem französischen Militärgefängnis entlassen worden und übernimmt sein Amt wieder.

London. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" weiß zu berichten, daß Professor Quidde auf Grund einer Intervention des britischen Kabinetts aus der Untersuchungshaft entlassen worden sei.

Belgrad. Das Blatt „Nowosti" bestätigt die Nachricht, daß bei dem Besuch des serbischen Königspaares in Paris Ende Mai ein Bündnisvertrag zwischen Frankreich und Südslawien geschlossen werden soll.

Athen. In den albanischen Bergen wurden wieder zwei amerikanische Touristen ermordet. Sie gehörten zum Gefolge Morgans.

Washington. Ein offizieller Bericht aus Tokio besagt, die japanische Regierung werde keine Gegenmaßregeln gegen die Vereinigten Staaten anordnen. Sie werde auch der kriegerischen Haltung der ultra-nationalistischen japanischen Presse keine Beachtung schenken.

Regierung und Sachverständige.

Unterredungen mit Marx und Dr. Luther.

Berlin, 21. April.

Der Reichskanzler äußerte sich gegenüber dem Berliner Vertreter der Düsseldorfer Nachrichten über die Beweggründe, die zum Entschluß der Reichsregierung geführt haben, das Sachverständigengutachten als Grundlage der Mitarbeit an der Lösung der Reparationsfrage anzunehmen, etwa folgendermaßen: „Wenn sich die Reichsregierung nach eingehender Prüfung und nach einer gründlichen Aussprache mit den Präsidenten der deutschen Länder entschlossen hat, an der Lösung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Gutachtens der Sachverständigen mitzuarbeiten, so ist dafür ein Beweggrund hauptsächlich entscheidend gewesen: die Rücksicht auf das besetzte Gebiet. Selbstverständlich sind wir uns über die außerordentliche Schwere der Lasten, die unser Volk in den nächsten Jahren zu tragen hat, vollkommen klar. Selbstverständlich bestehen gegen die Privatisierung der Reichsbahn, die Einführung einer finanziellen Kontrolle und die überaus scharfe Steuerbelastung triftige Einwände. Aber alle diese Bedenken, die sich beim Studium des Sachverständigengutachtens ergeben, und denen noch viele andere hinzugefügt werden könnten, müssen erwogen werden im Hinblick auf die erstrebte Befreiung des besetzten Gebiets. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Bewohner des besetzten Gebiets bei der Unfähigkeit des Reichs zu Reparationszahlungen in dem geforderten Ausmaße von Frankreich für alle Forderungen haftbar gemacht werden, daß nur das besetzte Gebiet und seine Bewohner als Reparationsprovinz gelten, an die die Pumpe angesetzt wurde, um aus ihnen unter der Drohung der Bajonette, unter dem Druck der Kriegsgerichte herauszuholen, was sich herausholen läßt. Dieser entsetzlichen Lage, in der trotz allem Furchtbaren meine Landsleute an Rhein und Ruhr in ihrer Treue nicht wankend geworden sind, muß ein Ende gemacht werden".

Reichsfinanzminister Dr. Luther gewährte dem Vertreter der Hearstpresse in Berlin eine Unterredung, in deren Verlauf er sich u. a. folgendermaßen äußerte: „Die Vereinigten Staaten haben der Welt einen großen Dienst erwiesen, indem sie, wenn auch nur inoffiziell, in die Gestaltung der Reparationspolitik eingegriffen haben. Der Bericht der Sachverständigen steuert das Reparationsschiff, das zwischen gefährlichen Klippen hin und her pendelte, auf einen sicheren Kurs zu, der Aussicht auf eine friedliche Verständigung bietet. Ich lege besonderes Gewicht auf das Wort Aussicht, denn es sind durchaus noch nicht alle Gefahrenpunkte überwunden."

Beschlüsse der Reparationskommission.

Sachverständigengutachten angenommen.

Paris, 18. April.

Die Reparationskommission formulierte einstimmig ihre Beschlüsse zu den Gutachten. Die alsbald erscheinende Veröffentlichung hat folgenden Wortlaut:

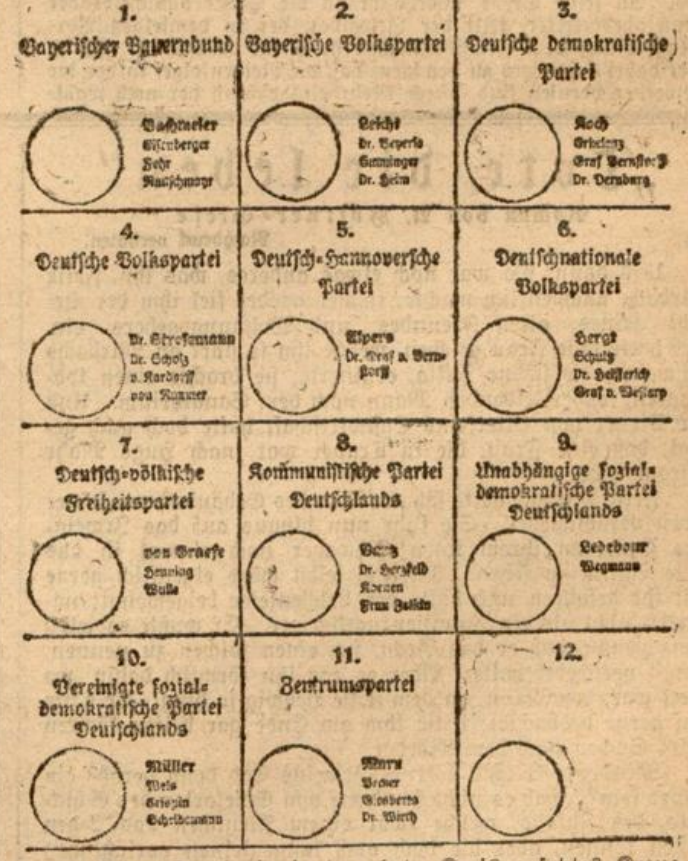
Die Reparationskommission hat in ihrer offiziellen Sitzung von heute nachmittag einstimmig folgendes beschlossen:

1. die deutsche Antwort zur Kenntnis zu nehmen,
2. den Schlußfolgerungen der Sachverständigen in den Grenzen ihrer Zuständigkeit zuzustimmen und die Methoden, die in den Berichten empfohlen sind, anzunehmen,
3. den Bericht der Sachverständigen offiziell den beteiligten Regierungen zu übermitteln und ihnen dabei diejenigen Schlußfolgerungen, für welche die Regierungen zuständig sind, zu empfehlen, damit die von den Sachverständigen vorgeschlagenen Pläne möglichst rasch zur vollen Wirkung gelangen,
4. die deutsche Regierung aufzufordern, a) ihr möglichst rasch unter Zugrundelegung der Schlußfolgerungen der Sachverständigenberichte die Gesetze und Verordnungen zu unterbreiten, die bestimmt sind, die vollständige Ausführung der Sachverständigenberichte zu sichern, b) die Mitglieder zu bezeichnen, welche die deutsche Regierung in den Ausschüssen für die Organisierung der Eisenbahnen und für die industriellen Hypotheken vertreten werden, und der Reparationskommission die Namen dieser Mitglieder mitzuteilen,
5. in einer der nächsten Sitzungen die verschiedenen Organisierungsausschüsse, die in dem Bericht des Sachverständigenausschusses Dawes vorgesehen sind, zu ernennen,
6. die Maßnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung nach dem Bericht der Reparationskommission überlassen bleiben soll.

Der offiziösen Beratung ist eine kurze Sitzung vorangegangen, in der die Reparationskommission zunächst für den Monat Mai die von Deutschland zu liefernden Kohlenmengen in der üblichen Höhe festsetzte. An dem Meinungsaustausch, der nach der Sitzung stattfand, hat sich außer den Delegierten Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens auch der amerikanische Vertreter beteiligt.

Der amtliche Stimmzettel.

Wie bekannt, werden bei den Reichstagswahlen am 4. Mai d. J. im ganzen Reiche die neuen amtlichen Stimmscheine verwendet, die sich so präsentieren, wie es unser Schema darstellt. Der Wähler bekommt nicht mehr vor dem Wahllokal von den Beauftragten der Parteien, sondern im Lokal mit dem amtlichen Kuvert einen Stimmschein, auf dem alle Wahlvorschläge des Wahlkreises vereinigt sind. Durch ein in den betr. Kreis gesetztes Kreuz bezeichnet der Wähler die Partei, der er seine Stimme geben will.



Dem vom Reichstag bei Einführung des amtlichen Stimmzettels verfolgten Zweck würde es widersprechen, wenn den Parteien gestattet würde, den amtlichen Stimmzettel nachzudrucken, um ihn mit einer entsprechenden Eintragung ausgefüllt an ihre Anhängerschaft zu verschicken. Desgleichen ist es mit den Wahlbestimmungen nicht vereinbar, die amtlichen Stimmzettel gegen Kostenersatz an die Parteileitungen auszugeben, damit der Stimmzettel außerhalb des Abstimmungsraumes parteimäßig hergerichtet werden kann.

Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Protest gegen Lohnpolitik und Regierung.

Berlin, 20. April.

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter Deutschlands faßte eine Entschließung, die entschiedenen Protest erhebt gegen die von den Unternehmern und der Regierung betriebene Lohnpolitik. In der Entschließung wird ausgeführt: Durch Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums ist unter schärfstem Protest der Gewerkschaften die Vorkriegsarbeitszeit, teilweise sogar noch eine höhere festgesetzt worden. Wirtschaft und Währung werden nur dann stabil werden, wenn die Kaufkraft der breiten Volksmassen durch Anpassung der Löhne an den Preisstand gehoben und auf diese Weise die Arbeitsfreudigkeit und -leistung gesteigert werden. Die Verordnung über das Kartellwesen hat nicht dazu beigetragen, den Preisabbau zu fördern, und so die Kaufkraft der Lohnempfänger zu steigern. Dieses Ergebnis, wofür die Regierung verantwortlich ist, erfordert schärfsten Protest der Versammlung. Eine längere Arbeitszeit im Manteltarif festzulegen, wird als unzweckmäßig bezeichnet und soll mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bekämpft werden.

Preußische Gemeindewahlen am 4. Mai.

Die wichtigsten Wahlbestimmungen.

Am 4. Mai finden zugleich mit den Reichstagswahlen auch die Gemeindewahlen statt; aber diejenigen Gemeinden, deren Vertretung nach dem 1. Januar 1923 neu gewählt ist, wählen jetzt nicht mit. Die Bestimmungen über das Wahlrecht, die Wählerliste, Wahlvorschläge usw. entsprechen meistens dem Reichstagswahlrecht. Die Wahlvorschläge mußte der Gemeindevorstand spätestens am 17. Tage vor dem Wahltage nebst den Zustimmungserklärungen der Bewerber schriftlich beim Vorsitzenden des Wahlausschusses einreichen. Nach § 4 des neuen Wahlgesetzes werden die Sitze für die Wahlvorschläge nach der Reihenfolge der Höchstzahlen verteilt, d. h. nach dem Wahlverfahren von d'Hondt, das bei den Wahlen zur Nationalversammlung gebraucht wurde. Auf einen Unterschied zwischen Reichstags- und Gemeindewahlrecht sei noch hingewiesen. Während zum Reichstag jeder deutsche Reichsangehörige wählen darf, ist bei den Gemeindewahlen nur derjenige wahlberechtigt, der mindestens seit einem halben Jahre ununterbrochen im Gemeindegebiet wohnt.

*

Weiter mögen aus dem „Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen" in seiner Fassung vom 12. Februar 1924 noch folgende Bestimmungen mitgeteilt werden:

Zum Wahltag ist der 4. Mai 1924 bestimmt. Wie lange die Wahlzeit dieser Vertretungen dauert, soll in den neuen Gemeindeverfassungsgesetzen bestimmt werden. Wählbar sind diejenigen Wahlberechtigten, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Die durch feindliche Maßnahmen aus den besetzten Gebieten verdrängten wählbaren und wahlberechtigten Personen sind unbeschadet ihrer Wahlberechtigung und Wählbarkeit an ihrem Wohnsitz auch da wahlberechtigt, wo sie sich am Wahltag aufhalten.

Zur Ausübung der Wahlberechtigung ist die Eintragung in die rechtsgültig festgestellte Bürgerliste oder die Erteilung eines Wahlscheines erforderlich. In die Bürgerliste, die spätestens 5 Wochen vor dem Wahltage öffentlich auszulegen ist, werden alle die eingetragen, die wahlberechtigt sind. Über Einsprüche entscheidet der Gemeindevorstand.

Die Zahl der Stadtverordneten muß mindestens 11 betragen. Diese Grundzahl kann durch Ortssatzung erhöht werden bis zu 15 000 Einwohnern für jede angefangenen 1000, bei mehr als 15 000 bis zu 30 000 Einwohnern für jede angefangenen weiteren 2000, bei mehr als 30 000 bis zu 60 000 Einwohnern für jede angefangenen weiteren 3000, bei mehr als 60 000 bis zu 300 000 Einwohnern für jede angefangenen weiteren 300, bis zu 300 000 Einwohnern für jede angefangenen weiteren 10 000, bei mehr als 300 000 Einwohnern für jede angefangenen weiteren 15 000 um je einen Stadtverordneten, aber nicht über hundert hinaus.

Die Verbindung von Wahlvorschlägen und die Bildung von Wahlbezirken ist unzulässig. Das Ergebnis der Wahl wird vom Gemeindevorstand festgestellt und öffentlich bekannt gemacht.

Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jeder Wahlberechtigte binnen zwei Wochen nach der Bekanntmachung bei dem Gemeindevorstand Einspruch erheben, über den die neue Gemeinde schon zu beschließen hat. Gegen die Entscheidung steht dem, der Einspruch erhoben hat, und dem, dessen Wahl für ungültig erklärt ist, die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zu. Ist die ganze Wahl endgültig für ungültig erklärt, so hat binnen längstens drei Monaten eine Neuwahl stattzufinden.

Fällt eine Voraussetzung der Wählbarkeit während der Wahlzeit fort, so scheidet der Gemeindevertreter ohne weiteres aus. An seine Stelle, überhaupt an die Stelle ausscheidender Gemeindevertreter, tritt der Bewerber, der in demselben Vorschlage hinter dem Gewählten an erste Stelle berufen ist. Es ist aber dabei besonders zu beachten, daß die Reihenfolge, in der die Bewerber berufen sind, durch Mehrheitsbeschluß der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Vorschlages geändert werden kann.

Gleichzeitig mit der Wahl der jetzigen Gemeindevertretungen endigt die Wahl der im Amte befindlichen, auch der auf Lebenszeit gewählten unbesoldeten Magistratsmitglieder (Beigeordneten), unbesoldeten Gemeinde- (Kirchspiels-, Dorf- und Bauernschafts-)Vorsteher sowie unbesoldeten Schöffen. Die Neuwahlen haben alsbald nach der Neuwahl der Gemeindevertretungen stattzufinden. Die Ausscheidenden bleiben bis zur Einführung der Neugewählten im Amte. Die Stellen der besoldeten Bürgermeister, Magistratsmitglieder (Beigeordneten), Gemeindevorsteher und Schöffen dürfen von den bisherigen Gemeindevertretungen nur besetzt werden, wenn die Wahl eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der tatsächlich vorhandenen Mitglieder der Gemeindevertretung ergeben hat.

Vom Wahlkampf.

Aus allen Parteien.

† **Wahlerklärung des Großadmirals a. D. v. Tirpitz.** Herr v. Tirpitz hat der deutschnationalen Parteileitung für Oberbayern-Schwaben, die ihn als Spitzenkandidat aufgestellt hat, u. a. geschrieben: Ich muß meine Lebensarbeit im ganzen für beendet ansehen. Was mir bleibt, ist der Wunsch, die innere Parteizerklüftung des Volkes zu mildern und unablässig auf das gemeinsame Ziel für alle die, denen es um Deutschlands Zukunft ernst ist, hinzuweisen, so lange mir dies noch vergönnt ist. Meine Auffassung vom Staat ist aus meiner amtlichen Vergangenheit zu bekannt, als daß man von mir eine spezielle Tätigkeit als Fraktionsangehöriger erwarten könnte. Wenn man sich ungeachtet dieser Einschränkung irgend welchen Nutzen von meiner Wahl verspricht, bin ich gern bereit, in die Reihen des Reichstages einzutreten.

† **Dr. Heim kandidiert nicht.** Geheimrat Dr. Heim muß sich im Laufe des Sommers einer dritten Augenoperation unterziehen und hat aus diesem Grunde den Wunsch seines alten oberpfälzischen Wahlkreises, ihn an erster Stelle für den Reichstag aufzustellen, ablehnen müssen.

† **16 Kreiswahlvorschläge im Reichstagswahlkreis 27 (Oberbayern und Schwaben).** U. a. sind folgende Spitzenkandidaten genannt: Deutschnationale Volkspartei Tirpitz, Völkischer Block Oberamtmann Frick, Deutsche Volkspartei General v. Schoch, Deutscher Block Reichswirtschaftsminister Hamm, Bayerische Volkspartei Ökonomierat Lang, Zentrum (Christlich-Soziale Partei) Wettenmann, Bauern- und Mittelstandsbund Reichsminister a. D. Fehr, Sozialdemokraten Auer, Unabhängige Liebknecht. Unter den kleinen Parteien findet sich ein Häußerbund, der den Wanderprediger Häußer an die Spitze gestellt hat, einen Deutschen Rechtsblock der Pfalz, die Republikanische Partei Deutschlands und das Bayerische Gasthofgewerbe.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 23. April 1924.

Goldwert und Volkswohlstand.

Wenn ein Land viel Gold hat, so ist damit noch nicht gesagt, daß es reich an den Gütern ist, die es für das Leben braucht oder die ihm das Leben angenehmer machen oder verschönern. So wird z. B. aus den Vereinigten Staaten berichtet, daß das amerikanische Volksvermögen auf 1400 Milliarden Goldmark geschätzt werde. Das deutsche wurde kurz vor dem Kriege auf etwas über 300 geschätzt. Die Vereinigten Staaten besäßen also viermal soviel als Deutschland vor dem Kriege. Nach den Steuerberichten der einzelnen Staaten wäre das Gesamtvermögen der Vereinigten Staaten von 800 Milliarden im Jahre 1912 auf 1400 im Jahre 1923 gestiegen. Die Kaufkraft des Geldes soll sich aber drüben etwa um die Hälfte vermindert haben, so daß jene 1400 Milliarden nur einer Kaufkraft von 700 entsprechen. Danach wäre der Volkswohlstand in den Vereinigten Staaten (verglichen mit der Zeit kurz vor dem Kriege) zurückgegangen. Da die Bevölkerung inzwischen erheblich zugenommen hat, ist der Rückgang im Volkswohlstand drüben im allgemeinen beträchtlich. Im einzelnen mag der Reichtum zugenommen haben, im gesamten ist er, wie aus dieser Betrachtung zu ersehen ist, merklich gesunken. Allerdings nicht in dem Maße wie der des deutschen Reiches, der nicht einmal mehr die Hälfte von 1913 betragen soll.

Lug-ins-Land.

☐ **Die Legitimation bei Auslandsreisen.** Über die Befreiung von der Ausreisegebühr bei Auslandsreisen herrscht vielfach noch Unklarheit. Man fragt, welcher Nachweis vor dem Finanzamt notwendig ist, wenn man nicht für die Ausreise die Summe von 500 Rentenmark bezahlen will. An zuständiger Stelle wird hierzu mitgeteilt, daß eine Bescheinigung der Ortsbehörde der Gemeinde, die besucht werden soll, nicht unbedingt notwendig ist. Es genügt bei Verwandtenbesuchen ein Brief. Doch muß der Beamte des Finanzamtes die Überzeugung gewinnen, daß es sich nicht um ein gefälschtes Schreiben handelt. Die Tatsache, daß es sich um einen kurzfristigen Verwandtenbesuch handelt, muß glaubhaft erscheinen.

Heute die Beilage:

„Zeitgeschehen im Wochenbild."

& **Halver,** 22. April. Trotz des außergewöhnlich hohen Barometerstandes am ersten Ostermorgen und trotz des voraufgegangenen schönen Wetters am Karfreitag, welch beiden Umstände uns das prachtvollste Osterwetter zuversichtlich erhoffen ließen, stellte sich deshalb nicht ein. Am ersten Ostermorgen war es neblig und es klärte sich auch während des ganzen Tages so recht nicht auf. Allmählich zeigte das Barometer mehr und mehr Neigung zum Fallen, und in der folgenden Nacht und auch am zweiten Ostertage stellte sich leichter Regen ein. In dem Frühgottesdienste am ersten Ostertage hielt Pfarrer D. Dresbach die Predigt über das Festevangelium des Tages Marc. 16, 1—8 und beleuchtete die Osterfreude und die Osterhoffnung. In dem Hauptgottesdienst wirkte der kirchliche Posaunenchor zur Erhebung und Erbauung mit. Pfarrer Dr. Große-Dresselhaus predigte über das Festevangelium des Tages, neue Folge Johannes 20, 11—18 und führte uns in seinen Ausführungen von der trauernden Liebe zum siegenden Glauben. Nach beendigtem Gottesdienste trug der Posaunenchor vor dem Denkmal noch eine Reihe von Musikstücken vor, wodurch eine Menge Zuhörer längere Zeit gefesselt wurde. Die Sitte der Osterfeuer scheint mehr und mehr abgekommen zu sein, vielleicht ist man auch zu der Ueberzeugung gekommen, daß das verwendete Brennmaterial auf andere Weise vorteilhafter benutzt werden kann. In dem Gottesdienste am zweiten Ostertage predigte Pfarrer D. Dresbach über Psalm 118, 15—24 und zeigte uns das Osterfest als ein Fest herzlicher Dankbarkeit, aufrichtiger Freude und lebendiger Hoffnung. Am Nachmittage führte der Dilettantenverein Hohenzollern das besonders der Jetztzeit erhebende und begeisternde vaterländische Schauspiel auf: „Das Volk steht auf." — Die Festtage sind jetzt vorbei, und nun heißt es, mit aller Macht an die Garten- und Feldarbeiten, da dieselben durch die Ungunst der Witterung sehr zurückgeblieben sind.

= **Halver,** 22. April. Der Dilettanten-Verein „Hohenzollern" hierselbst führte am 2. Ostertage im Saale der Carlshöhe das Volksschauspiel aus den Freiheitskriegen „Das Volk steht auf" in 5 Akten von Curt Delbrück auf. Wir müssen vorweg sagen, dem Verein gebührt für diese von echt vaterländischem Geist getragene Darstellung herzlichen Dank. Das Stück war von den mitwirkenden Damen und Herren gut einstudiert und ein jeder gab seine ihm aufgetragene Rolle so vortrefflich wieder, daß der dicht besetzte Saal der Zuschauer mit der Handlung förmlich mitlebte und von den einzelnen Aufzügen tief ergriffen wurde. Es würde zu weit führen, wollten wir auf die Einzelheiten des Schauspiels näher eingehen. Den Abschluß des Nachmittags bildete ein Frühlingsreigen, aufgeführt von 4 Damen und 4 Herren, und 2 Couplets. Auch für diese Darbietungen war das Publikum sehr dankbar. Der Verein hat mit seinen Aufführungen bewiesen, daß er in der Pflege der Volksbühnenspiele auf dem besten Wege ist. Ein gutbesuchter Ball bildete den Schluß der Veranstaltung.

☐ **Schalksmühle,** 22. April. Am 1. Ostertag, nachmittags gegen 6 Uhr wurde in der Nähe der Wirtschaft Woeste am Lauenscheiderohl der Büroangestellte Walter Borlinghaus aus Lüdenscheid, ein Sohn des hier

„Tote, die leben"

Roman von A. Hottner-Grefe.

66) Nachdruck verboten.

Und dann: Da war noch etwas anderes, was ihn, Felix Mirbach, nachdenklich machte: immer wieder fiel ihm der Bericht seines alten Freundes und Wohnungsgebers ein. Der hatte eine Frau gesehen, welche ihn so stark an Mirbachs Schwester, die schöne Jutta, erinnerte; sie brachte einen todkranken, schwer leidenden Mann nach dem Sanatorium. Und der Diener von Elterleins Gastwirtschaft hatte doch auch gesagt, daß eine Frau, die in Trauer war, nach Hugo Mayr gefragt habe.

Felix Mirbach hatte sich am Tore des Gebäudes von seiner Frau verabschiedet. Sie fuhr nun hinaus auf das Irweinsche Gut, um ihrem toten Schwager noch einmal in das stille Antlitz zu sehen. Mirbach selbst wäre eigentlich gerne mit ihr gefahren und hätte der Leichenfeier beigewohnt; natürlich nicht als ein Familienzugehöriger. Er wußte es selbst ganz genau, daß er das Recht, sich einen solchen zu nennen, längst verscherzt hatte. Aber es zog ihn förmlich dahin, wo Rolf war, der Mann, an dem seine Hedwig so hing. Er hätte ihn gerne beobachtet; hätte ihm am Ende gar helfen können beim Suchen nach dem Mörder.

Mörder? Mußte Werner Irweins Tod denn gerade ein Mord sein? Gab es nicht Hunderte von Spielarten des Schicksals, des Zufalls, welche zwar einem Menschen das Leben kosten können, aber die doch noch lange keinen vorsätzlichen Mord bedeuten. Felix Mirbach hatte während seiner Haftzeit in Stein so vielerlei gesehen, gehört und erfahren, daß er sich über nichts mehr wunderte. Das Leben ging eben häufig in dunklen Bahnen.

Ganz in Gedanken verloren schritt er weiter. Er achtete gar nicht auf die Menschen, welche ihm begegneten. Er spann sich förmlich ein in seine grübelnden Ideen.

Wie, wenn Jutta in Wahrheit nicht tot wäre? Und der lustige Heinz noch lebte, wenn auch in qualvollster Weise? Als die beiden vor Jahren so rasch nacheinander verschwanden, da hatte natürlich auch Felix Mirbach so manche Gedanken gehabt. Vielleicht war er, der Lebenserfahrenste, er, dem die Untiefen des Daseins nicht fremd waren, auch derjenige, welcher das schärfste Auge hatte für das seltsame Zueinanderdrängen und doch wieder Auseinanderstreben dieser beiden schönen, leichtsinnigen Menschen. Er, Felix Mirbach, hatte einmal selbst Herrn Werner Irwein gewarnt. Aber sein Schwager konnte so furchtbar unnahbar sein manchesmal. Er hatte sich ganz steil aufgerichtet damals und mit einem steinern guten Gesicht gesagt: „Bitte, Felix menge dich nicht in meine eigensten Angelegenheiten. Heinz ist mein Bruder und Jutta meine Frau, die Mutter meiner Kinder. Schon ein leiser Verdacht ist geradezu eine Beleidigung!"

So hatte Felix Mirbach geschwiegen. Und nach dem Verschwinden der beiden hatte er es nicht gewagt, eine Andeutung zu machen, oder eine Frage zu stellen. Bei der leisesten Streifung der ganzen Sache nahmen Herrn Werners Züge wieder den Ausdruck tiefster Verschlossenheit an und nie entfuhr ihm auch nur ein leicht andeutender Hinweis.

Aber da war nie ein Totenschein Juttas gekommen. Das wußte Mirbach, denn einmal hätte er dieses Dokument bei der Regelung einer kleinen Erbschaft, welche er und Jutta machten, benötigt. Als er den Schein von Irwein verlangte, konnte sein Schwager ihm das Papier nicht geben. Er machte alle möglichen Ausflüchte, denen man sofort die Unwahrheit anhörte. Aber das Papier kam nicht zum Vorschein.

Mirbach war überzeugt, daß Hugo Mahr Bestimmtes wußte. Wie um den Mittelpunkt eines Kreises, so drehten alle seine Gedanken sich immer wieder um den einstigen Gegner. Unwillkürlich ballte er die mageren Finger um seinen feinen Spazierstock. Ein starker Haß wallte auf in ihm gegen denjenigen, der immer wieder störend und hemmend in sein eigenes Leben trat.

Er hatte dem Menschengewühl der Großstadt entfliehen wollen und war ziemlich weit hinausgewandert gegen die Höhenzüge des Kahlengebirges zu. So tief war er eingesponnen in seine grübelnden Gedanken, daß er gar nicht auf seine Umgebung achtete. Erst als er vor dem Gitter eines sehr ansehnlichen Besitzes stand, blickte er auf. Da war gerade eine Eingangspforte in der Mauer, die das Anwesen umgab. Ueber dem Türknopf blitzte ein kleines, blankes Messingschildchen.

„Alexander Graf von Sassen."

Sassen, Sassen?

Felix Mirbach stand grübelnd vor dem Türchen. Wo war ihm nur der Name in den letzten Tagen genannt worden? O — jetzt wußte er es. Bei diesem Grafen Sassen war Hedwig als Erzieherin, bis sie auch von hier durch einen anonymen Brief verdrängt wurde. Ein solcher Brief war ja bei Gericht vorgelegt worden. Er war mit Maschinenschrift geschrieben worden. Er bot also inbezug auf Schrift usw. gar keine Anhaltspunkte. Der Graf allein hatte eine Aussage abgegeben. Die Gräfin hatte sich durch eine leichte Erkrankung am Erscheinen entschuldigen lassen.

„O", sagte eine Stimme neben Mirbach, „wünschen Sie zu uns hinein zu kommen?"

Der Angeredete fuhr herum. Dicht neben ihm stand ein sehr jovial aussehender, etwas beleibter Herr in einem tadellosen Jagdanzug. Der kleine Lodenhut war fest in die Stirn hineingedrückt. Ein Gewehr hing über seine Schulter. Ein paar Schritte hinter ihm stand eine Dame, gleichfalls in sportsmäßiger Ausrüstung. Ihr schmales, scharf geschnittenes Gesicht, war sehr rassig. Das krause, blonde Haar bauschte sich in stark gebrannten Wellen unter dem Hütchen.

Eine Sekunde lang zögerte Felix Mirbach. Kein Zweifel, er hatte das Ehepaar Sassen vor sich. Dieselben Menschen, welche sein Kind entlassen hatten, um seiner eigenen Schuld willen, die ihnen jener Brief verriet.

Wenn er hier seinen Namen nannte, mußte er sich zugleich auch als ein mit Schuld und Schande Beladener bekennen.

Es war hart. Aber dennoch trieb ihn etwas förmlich vorwärts auf diesem Wege. Er hätte es selbst nicht sagen können, welche höhere Macht ihn beinahe schob.

Mit einer verlegenen Verbeugung griff er nochmals an seinen Hut.

„Ich heiße Felix Mirbach und bin der Vater jenes unglücklichen Mädchens, welches bei Ihnen als Erzieherin im Hause war."

„Hedwig Mirbach!" rief der Herr. Es lag ein warmer Ton in seinen Worten. Doch gleich schien er sich auf etwas zu besinnen.

„Sie sind — Sie sind ihr Vater? Derselbe, von dem jener anonyme Brief uns berichtete?" fragte er schnell.

Felix Mirbach neigte stumm den Kopf. Eine tiefe Röte stieg in das hübsche, stark gealterte Gesicht.

Der Herr und die Dame sahen interessiert auf ihn. Dann schloß der Herr das Türchen auf.

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Schacht über Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Paris, 21. April. Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärte einem Berichterstatter des „Erzelsior", die Arbeit der Sachverständigen sei aufgebaut auf finanziellen und wirtschaftlichen Grundsätzen von unantastbarer Folgerichtigkeit. Es scheine ihm jedoch, daß bei der Abschätzung der von Deutschland in den ersten Jahren zu zahlenden Summen die Zahlungsfähigkeit überschätzt worden sei; er befürchte im Anfang Schwierigkeiten, namentlich was die Finanzierung der Sachlieferungen anbetreffe. Er sage das ohne Hintergedanken, denn es sei seine Überzeugung, daß Deutschland ein Interesse daran habe, loyal seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Macdonald über den Dawes-Bericht.

London, 21. April. Ministerpräsident Macdonald erklärte auf der Zusammenkunft der Unabhängigen Arbeiterpartei in York: Er sei froh, zu sehen, daß das ganze Land hinter ihm stehe in seiner Ansicht, daß der Sachverständigenbericht als Ganzes angenommen werden müsse. „Hier ist," sagte er, „Europas Gelegenheit, ergreift sie sofort und vollständig und bringt Frieden und Sicherheit für den Kontinent. Es geht aus den Berichten der Sachverständigen klar hervor, daß wenn man noch zwei Jahre dieselbe Politik führt, die man seit zwei oder drei Jahren betrieben hat, keine Hoffnung auf Sicherheit und Frieden mehr besteht."

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Der Hochbahnerstreik vermieden.) Eine Funktionärversammlung des Personals der Hochbahn kam zu der einmütigen Auffassung, daß auf Grund der bestehenden Rechtslage, die sich aus der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches ergibt, von einem Streik abgesehen wird. Davon wird aber die ablehnende Stellung des Personals zu den Ergebnissen des Schiedsspruches nicht berührt. Das Personal behält sich spätere Kampfhandlungen für den Fall vor, daß wie bisher alle Lohnforderungen abgelehnt werden.

Dortmund. (Die Aussperrung im rheinisch-westfälischen Holzgewerbe beendet.) Die Aussperrung im rheinisch-westfälischen Holzgewerbe ist beendet. Durch einen Schiedsspruch wird die Arbeitszeit auf wöchentlich 48 Stunden festgesetzt. Sie kann aber vorübergehend um 4 Stunden verlängert werden. Für die Mehrarbeit wird ein Aufschlag von 10 % gezahlt. Der Spitzenlohn wird ab 22. April auf 65 Pfennig pro Stunde erhöht.

Dortmund. (Der Brauereiausstand.) Bei den Einigungsverhandlungen in dem Streik der Brauereiarbeiter im besetzten Gebiet bewilligten die Brauereien eine Lohnerhöhung von 13 %. Der Schlichter sprach aber einen höheren Satz aus, den die Brauereien ablehnten. Die Verhandlungen sind daher als gescheitert anzusehen.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. **Berlin siegt im Kunstturnen vor Hamburg und Leipzig.** In Berlin traten die Auswahlmannschaften von Hamburg, Leipzig und Berlin zum Wettkampf im Kunstgeräteturnen an. Jede aus acht Turnern bestehende Mannschaft hatte eine Kürübung an den Ringen, am Reck, am Barren, am Pferd quer und lang (Sprung) und eine Kürfreiübung auszuführen. Der Kampf endete mit dem Siege der Berliner Mannschaft mit 2181 Punkten vor Hamburg mit 2135 Punkten und Leipzig mit 2093 Punkten. Der beste Berliner und beste Turner überhaupt war Ehrhardt mit 306 Punkten.

Sp. **Internationales Radrennen** in Köln. Das vom Bund deutscher Radfahrer veranstaltete internationale Radrennen Deutschland—Italien, das im Kölner Stadion ausgetragen wurde, ergab folgendes Resultat: Sieger Guglielmo Bosfi-Mailand 5, Oskar Rütt-Berlin 6 und Oszemella-Köln 7 Punkte in drei Entscheidungsrennen über 800, 1000, 1200 Meter. Der Kampf war reich an spannenden Momenten.

Sp. **Ein Weltumflieger vermißt.** Aus Seward (Alaska) wurde gemeldet, daß Major Martin, einer der amerikanischen Militärflieger, der an dem Rundflug um die Welt teilnimmt, durch Motordefekt zu einer Notlandung auf See gezwungen war. Torpedojäger suchten nach ihm, und haben ihn in der Bucht von Portage aufgefischt und gerettet.

Börse und Handel.

* **Tausendmarkscheine.** Die Reichsbank zahlt für die von ihr ausgegebenen 1000-Mark-Noten, gleichgültig welcher Emission sie angehören und ob sie einen roten oder grünen Stempel tragen, nicht mehr als 1000 Reichsmark.

* **Amtlicher Schlachtviehmarkt.** Berlin, 19. April. Auftrieb: Rinder 830, darunter 257 Bullen, 197 Ochsen, 436 Kühe und Färsen, Kälber 1495, Schafe 1507, Schweine 3834, Ziegen 10, Schweine aus dem Ausland 435. Preise: Ochsen 40—45, Bullen 40—41, Färsen und Kühe 38—45, Fresser 30—34, Kälber 75—85, Stallmastschafe 42—48, Schweine 65—66, Sauen 58—60, Ziegen 15—20. Marktverlauf: Bei Rindern ziemlich glatt. Bei Kälbern, Schafen und Schweinen ruhig.

* Die Berliner Effekten- und Devisenbörse blieb am Vorabend des Osterfestes geschlossen.

Schriftleitung: Wilh. Bell Halver.

Dr THOMPSON'S

Schwan-

SEIFEN-PULVER

SCHUTZ-MARKE

Dr THOMPSON'S

SCHUTZ-MARKE

SEIFEN-PULVER

Ist ausgiebig im Gebrauch, spart Zeit und Mühe.

SEIFENPULVER

Akten-Mappen

aus Rindleder schwarz und braun,

Tornister
Schüler-Etuis
Damen-Taschen
Einkaufs-Beutel
Brieftaschen
Scheintaschen etc.

liefert preiswert

Wilh. Bell jr., Halver.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Pels-Leusten am Grabe und die rege Anteilnahme des Wehrvereins Kierspe-Bhf. sagen wir Allen unseren

Innigsten Dank.

Familie Wilh. Plate.

Windfuhr bei Kierspe-Bahnhof, den 22. April 1924.



In dem Herrn entschlief sanft infolge Altersschwäche heute, Ostersonntag früh 1½ Uhr, unser lieber Vater, Schwiegervater und Grossvater

der Rentner

Gustav Winter

im Alter von 80 Jahren.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Wilhelm Winter.

Höferhof, den 20. April 1924.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. April, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause aus statt. Kranzspenden sind nicht im Sinne des Entschlafenen.

Achtung! Achtung!

Billigste Bezugsquelle

für Herren-, Burschen- und Damen-Konfektion.

Herren-Paletots	von 27-60 M.	Knaben-Schulanzüge	von 7-15 M.
„ Anzüge	„ 26-85 „	„ Sweater	„ 3-7 „
„ Lodenanzüge	„ 37-45 „	Damen-Mäntel	„ 15-52 „
„ Gummimäntel	„ 39- „	„ Kleider	„ 14,75-45 „
„ Loden-Joppen	„ 23- „	„ Kostümröcke aus Cheviot und Wolle	von 5-8,50 M.
„ Windjacken	„ 8,50-12,75	aus Garbadine	„ 16-20 „
„ Hosen	„ 8,50-27 „	„ Blusen	„ 6,90-13 „
Burschen-Anzüge	„ 43-50 „	„ Seiden-Jumper	15,90-22 „
„ Hosen	„ 8,50-14 „		
„ Paletots	„ 30 „		

Bevor Sie Ihre Einkäufe machen, beachten Sie meine Preise. 827

Paul Schulte, Halver, Oberherweg Nr. 1.

Herren-, Burschen- und Damen-Konfektion.

Große öffentliche Volksversammlung

findet statt

in **Oeckinghausen, Lokal Gelfeld** am 28. 4, 8 Uhr abends,

in **Buschhausen, Lokal Werthmann** am 27. 4, 4 Uhr nachm,

in **Ehringhausen, Lokal Wilke** um 29. 4, 8 Uhr abends.

Referat:

Die Kommunalwahlen.

Freie Aussprache.

Wählerinnen u Wähler erscheint in Massen.

Der Wahlausschuß.

Zur Frühjahrssaison

kaufen Sie Ihren Bedarf in

Drahtgeflecht

Drahtgewebe, Fliegendraht, Bindedraht, Stacheldraht, Wäschedraht, Krampen, Drahtstifte, Kammzwecken, Grabespaten und Gabeln, hölzerne und eiserne Harken, Schaufeln und Hacken, Stiele, Holz- und Drahtkörbe, Buttermulden, Ketten, Pflugleinen, verzinkte Eimer und Wannen, Jaucheschöpfer, Samenstreuer, Hämmer und Zangen, Holzbeile, Kasten- und Leiterwagen, hölzerne und eiserne Schiebkarren, lose Räder, Kinderroller, Stuhlsitze, Hobel, Meißel, Sägen, Schraubstöcke, sowie alle Bau-, Möbel- und Sargbeschläge

billig und vorteilhaft bei

Emil Bickenbach,

Lüdenscheid, Knapperstr. 8a.

Telefon 634.

NB. Drahtgeflecht von 15 Pfg. an p. Meter.

Habe einige gebrauchte aber sehr gut erhaltene

Fahrräder

mit Torpedo-Freilauf sehr billig abzugeben.

W. Diebel, Kierspe-Bhf.

Schalksmühler Turn-Verein e. V.

Samstag, den 26. April 1924, in der Turnhalle

Großes Konzert

mit turnerischen und gesanglichen Einlagen

Anfang 7 Uhr abends.

Die Musik wird ausgeführt von der städtischen **Kapelle Haspe** (30 ehem. Militärmusiker) unter persönlicher Leitung des Herrn Musikdirektors Henning

Unsere Mitglieder sind zu dieser Feier herzlichst eingeladen, der Verein feiert geschlossen. Fremde können eingeführt werden.

Nach Schluß des Konzerts

großer Ball.

Der Vorstand.

Westf. Glasniederlage Hagen i. W.

Fernspr. 2643 Inh.: **Heinr. Theis jr.** Wehringhauserstr. 44

Größtes Unternehmen dieser Art am Platze.
Billigste Bezugsquelle für Wirte - Vereine.
Spezialität: **Wirtschaftsartikel.** 1444

Sitzung der Gemeindevertretung Halver

am **Montag, den 28. April 1924,** nachmittags 3 Uhr im Sitzungssaale des Amtshauses.

Halver, 19. April 24.

Der Gemeinde-Vorsteher.

Habe wieder vorrätig:

Ammoniak-Superphosphat, Kali, Knochenmehl, Thomasmehl

Unterwegs befindlich:

Schwefelsauren Ammoniak, Düngekalk.

Alb Herdepe, Halver.

Holzschuhe

kaufen Sie preiswert bei

Th Becker, Kierspe-Bhf.

Wasch-henkelkörbe

wieder vorrätig.

Wilh. Bell jr., Halver.

Wir suchen für sofort und später noch **einige** gewandte **Jungen** als

Schleifer-lehrlinge

sodann noch **einen**

Schlosserlehrling

möglichst sofort

Aluminium- u. Metallwerke Degenhardt & Sippel, Halver i. W.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt oder in 14 Tagen **einige**

Bank- und Maschinenarbeiter, mehrere Mädchen und jüngere Arbeiter

bei hohem Lohn

Reiz & Schürmann, Halver.

Wir stellen noch **einige**

jugendl. Arbeiter

für leichte Beschäftigung ein.

Metallwarenfabrik Laurand, Halver.

Ich empfehle zu den günstigsten Preisen:

Zur Schweinefütterung: Weizenkleie, Weizenvollmehl, Fischmehl, Gerstenschrot, Maisschrot.

Zur Geflügelfütterung: Mais, Gerste, Weizen etc.

Zur Pferdefütterung: Hafer, Mischfutter, Häcksel etc.

Außerdem habe ich ebenfalls auf Lager:

Gute Weizenmehle, Roggenmehle, Roggenschrot

selbst hergestellt aus Russenroggen,

Ia. Saathafer (Orgl. Bismark), Torfstreu etc.

Otto Krägeloh,

Dahlerbrück.

Mühle u. Getreide-Großhandlung.

Fernruf Nr. 19, Amt Schalksmühle.

Erhalte **Mittwoch** eine Auswahl

oldenb. Schweine.



Rob. Zapp, Schalksmühle.

Fernsprecher 140